

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 24 (1944-1945)
Heft: 1

Artikel: Um die Sozialpolitik in den Gemeinden
Autor: Grau, Jakob
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335084>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Das bunte Bild mannigfacher Organisationsformen in der schweizerischen Exportwirtschaft, wie es sich uns heute darbietet, Berufsverbände, wirtschaftliche Vereinigungen, örtliche und fachliche Zusammenschlüsse, oft mehrere derselben Branche, dieses Bild ist das typische Werk liberaler Wirtschaftsordnung. Wir glauben, daß etwas mehr System, eine bessere Ausnützung der vorhandenen Kräfte durch deren weitgehende Koordination zu erreichen ist.»

Glinz rechnet mit einem weiteren Vordringen einer «umfassenden staatlichen Lenkung der Volkswirtschaft». Deshalb tritt er für Exportgemeinschaften ein, die als Holdingtrusts, Syndikate oder einfache Verbände zu organisieren wären. Eine privatwirtschaftlich und privatrechtlich organisierte Exportzentrale, deren Mitglieder vor allem die Ausfuhrorganisationen wären, in deren Leitung aber neben Industrie, Gewerbe, Banken, Landwirtschaft, Fremdenverkehrsverband auch die Gewerkschaften und Angestelltenverbände vertreten wären, sollte die Exportbestrebungen aller interessierten Kreise koordinieren. Ihre Aufgaben werden mit Erforschung des Auslandsmarktes, Exportschulung, Erforschung des Inlandsmarktes (um den Export durch Förderung des Importes zu stützen), Förderung der technisch-wissenschaftlichen Forschung, Exportfinanzierung durch eine der Exportzentrale unterstellte Exportbank, Erschließung neuer Märkte umrissen. Glinz tritt nicht für den reinen Liberalismus, sondern für einen *genossenschaftlichen Liberalismus* ein, um die «Kluft zwischen Idee und Wirklichkeit» zu überbrücken. Glinz zeigt, wie man konkrete wirtschaftspolitische Probleme zu studieren und zu behandeln hat. Deshalb kann seine sachlich sehr anregende Schrift gerade im Zusammenhang mit der Vorbereitung unserer Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit warm empfohlen werden.

Um die Sozialpolitik in den Gemeinden

Von Jakob Grau

Vor mir liegen Geschäftsbericht und Gutsrechnungen einer Gemeinde, mit der ich nicht nur persönlich verwachsen bin, in der sich auch Jahrzehnte meiner öffentlichen Tätigkeit abspielten. Und ich nehme meine kommunalpolitische Chronik hervor, die bis zum Jahre 1904, gerade vier Jahrzehnte, zurückreicht, um darin zu blättern und das Damals mit dem Heute zu vergleichen. Was für diese Gemeinde gilt, das trifft auch für hundert andere im Lande herum zu.

Wir wollen uns nicht brüsten und wir wollen auch nicht aufgeblasen tun. Aber wenn wir um Jahrzehnte zurückblicken, so dürfen wir doch feststellen, daß in dieser Zeit einiges gegangen ist, das sich sehen lassen darf und der Erwähnung wert ist. Manche unserer Fürsorge- und sozialen Einrichtungen werden heute als selbstverständlich betrachtet und ebenso selbstverständlich hingenommen – insbesondere von Leuten, die nicht wissen und nicht wissen können, wie es früher war und wie mancher

Anläufe es bedurfte, um wieder einen Schritt vorwärts tun zu können, einen kleinen sozialen Fortschritt in die Tat umzusetzen. Das trifft insbesondere auf dem Lande zu, wo die Sozialdemokraten einen recht steinigen Boden vorfanden, als sie vor vierzig Jahren anfingen, sozialdemokratische Mitgliedschaften zu gründen. Die alten Genossen wissen davon einiges zu erzählen, worüber manch einer der Jungen ungläubig den Kopf schüttelt.

Bedürftige und Hilflose hat es in unserer wie in andern Gemeinden schon immer gegeben. Als sie noch klein war, vor 60 Jahren kaum 1700 Einwohner zählte, war die Zahl der Armen verhältnismäßig größer als heute, wie das von jedem Textilarbeiterdorf zu sagen ist. In der Weberei, in der Rotfarb und in der Sidewindi wurden bedenklich kleine Löhne bezahlt. Die Weberinnen, Winderinnen und Spulerinnen und auch die Rotfärbler von Anno dazumal wußten davon ein Liedlein zu singen. Einer von den letztern hat mir oft erzählt, wie er als junger, kräftiger Bursche für 5 Batzen (50 Rappen) im Tag schwere, nasse Stoffballen in den Hänkiturm hinauftragen, während 14 Stunden hundertmal die Stiegen hinauf und hinunter traben mußte, vom Aufseher noch mit Püffen angetrieben, wenn es ihm nicht schnell genug ging. Und in der Weberei brachten es durchschnittliche Arbeiterinnen auf 15, 18, gelegentlich auch auf 21 Franken in vierzehn Tagen. Gewiß waren damals die Lebenskosten billiger als heute. Doch reichten die Löhne gewöhnlich nur zu Kafi und Möcke, wenn es gut ging, am Sonntag zu einem Stückchen Fleisch.

Gingen mehrere Familienglieder in die Fabrik, dann kam schließlich am Zahltag noch einiges Geld zusammen. Ganz schlimm war es aber dort bestellt, wo ein Schärlein kleine Kinder nur einen einzigen Ernährer hatte. Da konnte es vorkommen, daß einer Witwe am Ende des Monats für die Fabrikwohnung der Hauszins abgezogen wurde und sie sich mit dem Rest von ein paar Franken im Zahltagsäckli fragen mußte, wie sie davon nun während vierzehn Tagen vier oder fünf hungrige Mäuler stopfen solle. Und kam einer aufs Kontor, um zu jammern, daß es kaum mehr zu Rösti reiche, dann gab ihm der Direktor den weisen Rat, Mais zu kaufen, weil das billiger sei. Das war eben noch die gute alte Zeit!

Vielfach waren die Fabriklerkinder tagsüber völlig sich selbst überlassen, weil Vater und Mutter und größere Geschwister dem Verdienst nachgehen mußten. Es kam vor, daß Mütter ihre Kleinkinder mit in die Fabrik nahmen und sie hinter dem Webstuhl auf Baumwollabfällebetteten. Größere Kinder trieben sich vielfach auf dem Fabrikareal herum oder wärmten sich im Winter im Heizihus, wo vom Zabig des Heizers gelegentlich auch noch ein Restchen für sie abfiel. Wie segensreich hätten da Kinderkrippen und Jugendhorte wirken können und wieviel unbesorgter hätten die Eltern dem Broterwerb nachgehen dürfen!

Doch um solche Dinge kümmerte sich niemand. Es waren ja nur Fabrikler; mochten sie sehen, wie sie sich zurechtfanden. Von sozialen Einrichtungen keine Spur, wenn man von einigen Paar Schuhen und Strümpfen absieht, die der Hilfsverein zu Weihnachten den ärmsten der armen Schüler verabreichen ließ, damit sie nicht auch noch im Winter barfuß zur Schule gehen mußten. *Erst die Sozialdemokraten und ihre Organisation haben es*

zuwege gebracht, daß sich neue Ideen bezüglich der Aufgaben eines Gemeinwesens durchzusetzen begannen, wenn sie auch lange Zeit stark gegen die Widerstände der zünftigen Bürger anzukämpfen hatten. Ich erinnere mich noch sehr wohl, wie sie an Gemeindeversammlungen gegenüber sozialen Neuerungen auftraten und meinten, man solle mit solchen Sachen einmal aufhören, während die Befürworter der Meinung waren, man solle mit ihnen endlich einen Anfang machen.

Dieser Anfang ist schließlich gemacht worden, und manche soziale Einrichtung hat sich seither erfreulich weiterentwickelt. Nachdem einmal die soziale Einsicht geweckt war, ist diese und jene Fürsorgeeinrichtung privater Initiative entsprungen, und die Gemeinde konnte ihr über kurz oder lang die Unterstützung und Förderung nicht versagen, mußte sie schließlich in die öffentliche Verwaltung übernehmen. Und als die Sozialdemokraten Einzug in die Behörden, namentlich in die Schulpflege, hielten, wurde auch mit den sozialpädagogischen Einrichtungen der Anfang gemacht, um überrascht wahrzunehmen, wie nützlich und segensreich sie sich auswirkten. Der Rechenschaftsbericht gibt darüber erfreuliche Auskunft.

Es soll hier nicht von der anfänglich mißlichen Entlohnung des Gemeindepersonals, vom Gemeindeschreiber bis zum Nachtwächter herunter, die Rede sein, die auf Anregung der Sozialdemokraten auf den Verhältnissen entsprechende Ansätze gebracht wurde, wozu dann noch eine gewisse Vorsorge für das Alter gekommen ist. Es soll das nur angedeutet werden, weil anständige Lohn- und Anstellungsbedingungen für ihre Angestellten auch zu den sozialen Aufgaben einer Gemeinde gehören, nicht zuletzt als gutes Beispiel für die Privatwirtschaft.

Aber da stoße ich im Geschäftsbericht auch schon auf die *Kostkontrolle*. Daß sie geschaffen wurde und zu funktionieren begann, ist auch auf einen Stupf der Sozialdemokraten zurückzuführen, wiewohl es bei den Pflegemüttern anfänglich große Augen gab, als von Zeit zu Zeit eine Frau ins Haus kam, die Ordnung, die Wartung und die Lagerstätten der Kostkinder zu inspizieren und den Befund der Gesundheitsbehörde zu rapportieren. Manche bedenklichen Verhältnisse sind dadurch gebessert worden. Daß wir später auch zu einem *Kindergarten* kamen, der die Vorschulpflichtigen in seine Obhut nahm, ist ein Verdienst des Frauenvereins, nachdem die Schulpflege trotz wiederholten Begehren anfängliche Zurückhaltung an den Tag legte. Heute figurieren die Aufwendungen hierfür in der Gemeinderechnung.

Und dann die sozialen Einrichtungen in der Schule selbst. Was brauchte es nur, bis die Abgabe von *Znünimilch* an die Schüler in die Wege geleitet war, die sich dann so vorteilhaft auswirkte! Heute haben wir auch unsere *Ferienkolonien*, die *Schulzahnpflege* wurde eingeführt. Mit einem neuen Schulhaus gab es auch ein *Schulbad* und die nötigen Räume für *Hobelbank- und Kartonnagekurse*; dazu wurden die Schüler gegen Unfall versichert. Und um den ins Leben hinaustretenden Schülern das Fortkommen zu erleichtern, wurde schon vor mehr als zwanzig Jahren die *Berufsberatung* eingeführt. Noch mehr dergleichen soziale Einrichtungen sind im Schulwesen eingeführt worden, deren Notwendigkeit nach langem Bemühen auch die Gegner nicht mehr haben verneinen können.

Der Bericht weist noch auf andere von der Gemeinde unterstützte und finanzierte soziale und kulturelle Einrichtungen hin. Da ist die *unentgeltliche Geburtshilfe*, die *Gemeindekrankenpflege*, die *Tuberkulosefürsorge*, die *Mütterberatungsstelle*, ein Beitrag an den *Samariterverein*, der anfänglich allein ein *Krankenmobilienmagazin* geschaffen und unterhalten hat. Die *Rechtsauskunft* der Arbeiterunion findet ebenfalls Unterstützung, desgleichen die *Volksbibliotheken* und die *Volkshochschule*, dazu noch weitere der Allgemeinheit dienende Institutionen.

Fast wehmütig können die 20 Franken Beitrag an die *Naturalverpflegung* stimmen. Sie erinnern alle, die selbst einmal zur Gilde der Tippelbrüder gehört haben, an ein Stück leider vergangener Handwerksburschenromantik. Die lange Bank mit dem Tisch davor in der Gastsube zur «Krone» ist verschwunden. Nicht mehr kommen die «Kunden» daher, mehr oder weniger im Bruch, sich an den Tisch zu setzen, auf dem bald eine mächtige Schüssel kräftiger Suppe dampfte, dazu für jeden einen Schollen Hanf und sonst noch einiges zum Picken in den Tellern. Nicht mehr legen sie sich in die sauberen Herbergsbetten, die müden Glieder auszuruhen für den weiteren Tippel. Weit herum war unsere *Naturalverpflegungsstelle* als gut bekannt und mancher Handwerksbursche beeilte sich, um rechtzeitig dort zu landen.

Die Kriegsverhältnisse haben da eine gründliche Änderung gebracht; das Wandern ist nicht mehr des Müllers Lust. Dafür haben wir die *Arbeitslosenfürsorge* mit allen ihren Einrichtungen, und wir haben die *kriegswirtschaftlichen Maßnahmen* mit Kriegsnothilfe, Obst- und Kartoffelaktion, Dörranlage und Suppenküche, dazu die Deplacementsentschädigung für auswärts einsatzpflichtige Arbeiter – alles zeitbedingte soziale Einrichtungen, von denen wir nur hoffen wollen, daß sie bald wieder aufgehoben werden können und eine *Ordnung Platz* greife, in der alle Glieder der menschlichen Gesellschaft sich frei und harmonisch entfalten können.

Indessen ist die soziale Fürsorge heute notwendiger denn je. Wir freuen uns, daß sich diese Einsicht auch in den Landgemeinden Bahn gebrochen hat und immer mehr an Boden gewinnt. Manches steckt ja noch in bescheidenen Anfängen; aber schon der Anfang bedeutet viel. Es ist der Vorzug der Autonomie der Gemeinden, daß sie berechtigt sind, freiwillige, selbstgewählte Aufgaben aller Art, die die Ansprüche und Interessen der Gesamtheit der Einwohner beschlagen, zu übernehmen und zu lösen. Dazu gehört nicht zuletzt, einen Ausgleich zwischen den wirtschaftlich Starken und Schwachen zu schaffen, soziale Unterschiede nach Möglichkeit zu überbrücken, den Enterbten das zum Leben Notwendige in ausreichendem Maße zu verschaffen.

In diesem Sinne zu wirken, gehört zu den vornehmsten Aufgaben gerade unserer ländlichen Parteisektionen. Gewiß ist es ein mühseliger Weg, der da gegangen werden muß, und gerade die vorstehend skizzierte Entwicklung mag zeigen, daß anfängliche Mißerfolge nicht entmutigen dürfen, daß es gilt, unentwegt soziale Reformen im Sinne unseres Parteiprogramms anzustreben, Schritt um Schritt in zäher Kleinarbeit die soziale Besserstellung der Arbeiterklasse zu erkämpfen. Mag der Weg noch so steinig sein, er muß beschritten werden, um dem sozialistischen Ideal immer

näher zu kommen, das im Gemeindeverband eine große, alle Einwohner umfassende Gemeinschaft sieht, die bestrebt ist, allen ihren Gliedern die Güter materieller und geistiger Kultur zukommen zu lassen und so auch dem Hintersten und Letzten seinen Platz an der wärmenden Sonne zu verschaffen und zu sichern.

Am Beispiel einer einzelnen Gemeinde wollte ich zeigen, wie nützlich sich die sozialdemokratische Kommunalpolitik auswirken kann. Dabei zählt diese Gemeinde nicht einmal zu den fortschrittlichsten, so daß andernorts noch weit erfreulichere Erfolge zu verzeichnen sind. Und ich wollte ferner ermahnen, die sozialdemokratische Kommunalpolitik auch fernerhin unentwegt im Auge zu behalten. Gewiß können nicht alle sozialen Postulate auf dem Boden der Gemeinde verwirklicht werden. Es gibt Aufgaben, die sich aus den verschiedensten Gründen besser auf breiterer Grundlage, zum Beispiel auf dem Gebiete des Kantons oder des Bundes lösen lassen, während andere diese Zentralisation nicht vertragen, für deren Realisierung also die Gemeinden das geeignete Terrain sind. Und hier findet die Initiative unserer Genossen und Organisationen einen breiten Raum. Hier bietet sich auch die Möglichkeit, die Genossen und Genossinnen in die Geheimnisse und Funktionen der öffentlichen Verwaltung einzuführen, sie zu befähigen, auch größere und schwierigere Aufgaben zu meistern, die sich uns mit dem wachsenden Einfluß unserer Partei stellen werden.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik hat allerdings mit dem sogenannten Radikalismus wenig zu tun; sie ist eine soziale Reformarbeit, die in ihrer Tendenz dennoch revolutionär wirkt, weil sie die Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, die Veränderung ihrer sozialen Struktur, auf dem Wege der Entwicklung zum Ziele hat. Und der Rückblick läßt erkennen, welche Wandlung in einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne möglich ist, wenn wir nur nicht müde werden, die Mittel, die uns die Demokratie in die Hand gibt, im Interesse der Arbeiterklasse anzuwenden – in der Gemeinde sowohl wie in Kanton und Bund.

Über das zukünftige Verhältnis der Sowjetunion zu den demokratischen Mächten

Von Dr. K. S.

In seinem neuen Buch «Demokratie heute und morgen» stellt *Eduard Benesch*, Präsident der Tschechoslowakischen Republik, die Frage, ob ein friedliches Zusammenleben und Zusammenwirken der Sowjetunion und der großen demokratischen Staaten dauernd möglich sei. Er antwortet mit Ja.

Nach Benesch wirken zwei Tendenzen im Sinne einer solchen dauernden Zusammenarbeit. Er schreibt:

«Der Sozialisierungsprozeß macht auch in den modernen Demokratien Fortschritte. Die Annahme sozialer Reformen beschränkt wesentlich das früher un-